

HERBSTSESSION 2022

EMPFEHLUNGEN NATIONALRAT

Geschäft des Bundesrats 20.069 «Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele»

Behandlung am 14. September im Nationalrat

Mit dem Entwurf für ein Jugendmedienschutzgesetz in den Bereichen Film und Videospiele (E-JSFVG) will der Bundesrat bestehende Lücken in diesem Gebiet angehen. Der Nationalrat ergänzte im Zuge der Erstberatung der Vorlage verschiedene Bestimmungen, die aus Sicht verschiedener Fachorganisationen, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen vertreten, unabdingbar sind und einen effektiven Jugendschutz ermöglichen. Der Ständerat lehnte die Verbesserungsvorschläge des Nationalrats weitgehend ab und gewichtet die wirtschaftlichen Interessen der Film- und Videospielebranche stärker.

Kinder und Jugendliche brauchen solide Kompetenzen im Umgang mit den grenzenlosen Angeboten und Möglichkeiten im Netz, bei Filmen und Videospiele, gerade auch deshalb, weil diese von den Kindern und Jugendlichen oft alleine oder gemeinsam mit Gleichaltrigen konsumiert werden. Je kompetenter und verantwortungsvoller die Jugendlichen handeln, desto weniger streng muss der Gesetzgeber künftig potenzielle Gefahren und Risiken in diesem Bereich regulieren. Die Branche müsste also ein grosses Interesse haben an möglichst medienkompetenten Jugendlichen. Kinder und Jugendliche zu verantwortungsvollen Entscheidungen zu befähigen ist folglich die nachhaltigste Investition in den Jugendmedienschutz. Der Nationalrat sollte daher die Förderung der Medienkompetenz als zentralen Pfeiler des Jugendmedienschutzes im Gesetz verankern.

Wir bitten Sie, den Mehrheitsanträgen Ihrer WBK-N zu folgen und damit an der nationalrätlichen Linie festzuhalten. Pro Juventute ist Teil einer Allianz von Organisationen, die sich für wirksamen Jugendmedienschutz einsetzt. Wir verweisen für Details zu diesem Geschäft auf deren Argumentarium und Empfehlungen.

→ **Pro Juventute empfiehlt, den Anträgen der Mehrheit der WBK-N zu folgen**

Postulat 22.3201 «Digitale Gewalt eindämmen» eingereicht von Judith Bellaiche

Behandlung am 22. September im Nationalrat

Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht über das Ausmass von digitaler Gewalt in der Schweiz und Massnahmen zu deren Bekämpfung zu verfassen. Dabei ist insbesondere zu prüfen, wieso digitale Gewalt sich grenzenlos ausbreiten kann, woran die Strafverfolgung scheitert, wer besonders betroffen ist und welche Massnahmen ergriffen werden oder welche Anlaufstellen geschaffen werden müssen, um sie einzudämmen.

Jugendliche sind besonders von digitaler Gewalt betroffen, beispielsweise von Cybermobbing. Cybermobbing und -grooming nehmen stetig zu, wie aktuelle Studien zeigen. Die Zunahme ist über alle Altersgruppen der befragten Kinder- und Jugendlichen hinweg konstant. Eine Zunahme von Anfragen zu dieser Thematik beobachten wir auch bei unseren Beratungsangeboten (z.B. Telefon 147).

Je mehr man über digitale Gewalt und deren Folgen weiss, desto besser können Kinder und Jugendliche vor Cybermobbing und -grooming geschützt und entsprechende Beratungsangebote ausgebaut werden. In diesem Sinne bitten wir Sie, diesem Postulat zuzustimmen, um Kinder und Jugendliche auch online besser vor Übergriffen zu schützen.

→ **Pro Juventute empfiehlt, dem Postulat zuzustimmen.**

Für Ihre Aufmerksamkeit und die Unterstützung unserer Anliegen zugunsten von Kindern und Jugendlichen in der Schweiz danken wir Ihnen bestens. Für Fragen und Diskussionen stehen wir Ihnen gerne persönlich zur Verfügung (Lulzana Musliu-Shahin, 044 256 77 40 oder lulzana.musliu@projuventute.ch)

